

Pankow – eine herzlose Bürokratie

Was die SED als „die kleinen Dinge“ diskutieren will

Seit knapp zwei Wochen hat die SED in der Sowjetzone eine neue Diskussion in Gang gebracht. „Die tausend kleinen Dinge“ ist das Schlagwort für diese hochinteressante Auseinandersetzung, die ein grelles Schlaglicht auf den Charakter des SED-Staates wirft. Die Partei entdeckt auf einmal, daß sie über ihrer wirtschaftlichen und politischen Planung einfach den Menschen vergessen hat. Daß es in ihrer Zone zwar neue Stahlwerke gibt, aber kein Butterbrotpapier. Daß sie den Menschen auf weite Sicht eine 40-Stunden-Woche verspricht, aber nicht verhindern kann, daß die mitarbeitenden Frauen nach Feierabend eine geschlagene Stunde vor dem „Konsum Schlange stehen. Plötzlich erkennt sie die politische Wichtigkeit der „tausend kleinen Dinge“, die den Alltag des Zonenbewohners bilden.

Die SED hat es sich in diesen Jahren etwas leicht gemacht. Sie schwelgte in Planziffern und Erfolgsstatistiken und wußte zum Schluß selbst nicht mehr, wie es draußen in der Zone wirklich aussah. Und wo sie es wußte, versuchte sie die Augen davor zu verschließen. „Morgen leben wir im Überfluß!“ Diese stalinistische Parole konnte einige Zeit vorhalten, heute aber erscheint sie angesichts der Tatsachen überholt.

„Wir müssen die Schwarzweißmalerei beiseite stellen“, sagt die SED jetzt und gibt bruchstückweise zu, was jeder Zonenbewohner seit langem weiß: Daß der einfache Mensch in der Zone genau so fleißig ist wie sein Bruder in der Bundesrepublik und trotzdem weit schlechter leben muß...

Der Fall Prof. Behrens

Mit einer verlegenen Geste hat die Partei am letzten Sonntag den „Fall Prof. Behrens“ aus der Welt geschafft. Dieser Prof. Dr. Fritz Behrens ist ein führender SED-Nationalökonom, der die in Moskau verkündete „Freiheit der Wissenschaft“ bereits im April zu einer Attacke gegen die stalinistischen Dogmatiker des SED-Politbüros nutzte. Behrens wies an Hand nur den Spitzenfunktionären zu-

gänglichen Statistiken nach, daß der Arbeiter in der Bundesrepublik einen weitaus höheren Lebensstandard besitzt als sein Kollege in einem sowjetzonalen VEB. Er widerlegte die Stalinthese von der „unausbleiblichen Verelendung Westdeutschlands“ und wies nach, daß die „DDR“ der Bundesrepublik also auch sozial unterlegen ist.

Ein wütendes Trommelfeuer aus dem SED-Zentralkomitee gegen Prof. Behrens war die Antwort. Die Vertreter der stalinistischen Linie, wie die SED-Professoren Lemnitz und Naumann, versuchten Behrens des ideologischen Verrats und klassenfeindlicher Verleumdung zu bezichtigen. Die „Behrens-Diskussion“ entfachte an den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der Ost-Universitäten eine kleine Revolution. Nur die Revolte des Sowjetprofessors Varga gegen Stalin läßt sich mit diesen Vorkommnissen vergleichen.

Jetzt hat Prof. Behrens gesiegt. Im SED-Zentralorgan erklärte er, keines seiner Worte zurückzunehmen. „Ich habe eine andere Vorstellung vom wissenschaftlichen Meinungsstreit als Naumann und Lemnitz“, sagte er. Der SED blieb nur übrig, die weitere Diskussion auf die Spalten der nicht jedermann zu-

gänglichen Fachpresse zu verschieben. Außerdem ordnete sie an, die Parteipresse solle derartige Diskussionen erst dann aufgreifen, wenn „ideologische Übereinstimmung“ bestünde. Fragt sich nur, ob es gegenwärtig in der SED überhaupt eine Übereinstimmung zwischen den an alten Theorien festhaltenden Stalinisten und den allmählich mutig werdenden „Rebellen“ geben kann.

„Das ist Irrsinn“

Die nächste Feststellung aber bezieht sich auf den sowjetzonalen Staatsapparat. Der britische Kommunist Gordon Schaffer, Mitarbeiter der Ostpresse, hat die SED-Staatsmaschine kürzlich als eine „Ansammlung herzloser Bürokraten“ bezeichnet. Und in einem auf Grund eigener Erlebnisse geschriebenen Artikel festgestellt: „Das ist doch keine Wachsamkeit mehr, das ist doch Irrsinn!“ Die SED selbst hat ihre jahrelange „Wachsamkeitskampagne“ als Narretei klassifiziert. Warum aber können sich die Kinder ohne ihre Eltern keine Streuselschnecke mehr kaufen, wenn herzlose Bürokraten in Ostberlin nach wie vor auf einer blödsinnigen Ausweisungspflicht bestehen? Warum müssen schwerarbeitende Frauen abends zwei Stunden auf den Einkauf verschwenden? Es ist nicht nur der politische Terror, der die Menschen in der Zone bedrückt. Es gibt auch einen „Terror der tausend kleinen Dinge“, der das Leben dort drüben zur Hölle machen kann. Man kann darüber diskutieren, aber nicht auf der Basis eines mit großen Propagandaaufwand zitierten Einzelfalles. Die SED muß ihre Einstellung zu den Menschen ändern.

J. B. Gradi:

Wehrpflicht und Einheit

Der Bundestag hat mit der Annahme des Wehrpflichtgesetzes eine staatsbürgerliche Verpflichtung wiederhergestellt, die 1945 im Strudel des Zusammenbruches erlosch, nachdem sie zuvor in einer fürchterlichen Weise mißbraucht worden war. Die Möglichkeit der Selbstverteidigung schien uns Deutschen für alle Zukunft versagt zu sein. Daß wir damit den Wechselfällen der Geschichte auf Gnade und Ungnade ausgeliefert waren, mußte hingenommen werden und wurde im Wirbel der Nachkriegszeit nicht einmal sehr empfunden. Aber was die Berliner im Juni 1948 mit dem Blockadebeginn erfahren, das wurde den Westdeutschen zwei Jahre später deutlich gemacht — die Gefährdung, in der sich unser Volk ständig befand. Wenn der militante Kommunismus im Sommerbeginn 1950 nicht von Norden nach Süden in Korea, sondern von Osten nach Westen in Deutschland marschiert wäre, dann hätte ihm von deutscher Seite nichts weiter entgegentreten können als die Gendarmrie und die Feuerwehr in Helmstedt. Damals offenbarte sich die Pflicht der Regierung, unserem Volk wieder die Möglichkeit zu gewinnen, daß es sich gegen politisch-militärische Einbrecher auch selber verteidigen kann, wenigstens mitverteidigen kann.

Der Weg war mühsam. Er führte von dem ursprünglichen französischen Plan kleinster deutscher Einheiten unter fremdem Kommando über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bis zur jetzigen eigenständigen deutschen Bundeswehr innerhalb des nordatlantischen Bündnispaktes. Vieles hat sich seither in der Welt abgespielt, die Konzeptionen haben sich geändert, die Gegensätze neue, scheinbar mildere Formen angenommen, aber Unsicherheit und Ungewissenheit der Mitte Europas sind geblieben. Deshalb gilt in der noch immer vom Mächdenken beherrschten Welt das Gebot

der Vernunft, sich auch selber zu verteidigen, wenn man geschützt sein will — und das ist der Sinn des Wehrdienstes.

Eine Erfahrung

Nun sind Wehrdienst und Wehrpflicht nicht unbedingt identisch. Seit Jahren wird die Frage diskutiert, ob nicht eine Berufsarmee aus Freiwilligen im Zeitalter der Atomwaffe die bessere Lösung sei. Die militärischen Fachleute sind darüber nicht einig, die Mehrzahl ist für Wehrpflicht. Unübersehbar jedoch ist die Tatsache, daß im Osten und im Westen trotz der Atomwaffe allgemeine Wehrpflicht besteht und aufrecht erhalten wird. Und unübersehbar ist die Erfahrung des zweiten Weltkrieges. Die Rolle der Superwaffe, die heute die Atombombe hat, spielte damals das Giftgas. Es war vorhanden, wurde aber nicht angewandt, weil ein „Gleichgewicht des Schreckens“ bestand. Nur hat es den zweiten Weltkrieg mit anderen Waffen nicht verhindert. Und deshalb tut man auch im Zeitalter der Atomwaffe gut, sich gegen „konventionelle“ Angriffe vorsorglich zu rüsten. Im übrigen wurde in der Bundestagsdebatte mit Recht hervorgehoben, daß die Vergrößerung einer Armee durch Wehrpflicht nicht bedeutet, man könne diese Armee nicht in kleine bewegliche Einheiten aufgliedern, wie es ein Atomkrieg erfordere.

Die Opposition hat denn auch gegen die Wehrpflicht in letzter Zeit die Akzente stärker auf politische als auf militärische Argumente gelegt. Die Bundesrepublik stelle sich, so wird insbesondere vorgeworfen, mit der Aufrüstung in Gegensatz zur weltpolitischen Entwicklung, die vom Willen zur Abrüstung bestimmt sei. Die Bundesregierung hat demgegenüber — auch in der Debatte — immer wieder betont, daß wir im Rahmen einer internationalen Vereinbarung zu jeder Abrüstung bereit sind. In Wirklichkeit hindert unsere beschränkte Aufrüstung eine etwaige internationale Abrüstung ebensowenig wie unsere bisherige Wehrlosigkeit die internationale Rüstung. Die militärischen Kräfte ringsum sind ungleich viel stärker.

Nüchterne Zahlen machen die Situation am besten deutlich: Pankow gibt nach seiner angeblichen Entlassungsaktion noch einen Bestand von 90 000 Soldaten zu, was auf die Bevölkerungstärke umgerechnet rund 300 000 Mann in der Bundesrepublik erfordern würde — eine Zahl, von der wir heute unendlich weit entfernt sind und die wir nicht vor 1958 erreichen.

Was werden Sowjets tun?

Dennoch müßte man die bundesdeutsche Wehrpflicht ablehnen, wenn man nach ernster Prüfung zu der Ansicht käme, dadurch würde die Wiedervereinigung politisch erschwert. Wir aber glauben gerade, daß mit der Wehrpflicht ein Faktor in die politische Auseinandersetzung um Deutschland eingeführt worden ist, der der Wiedervereinigung förderlich ist. Die Sowjets sind sicher Realisten genug, um den politischen Willen von fünfzig Millionen Deutschen stärker zu beachten, wenn dieser Wille von einem verteidigungswilligen und verteidigungsfähigen Volk getragen wird. Solange die Bundesrepublik unbewaffnet war, haben sich die Sowjets nicht gedrängt gefühlt, ihre reale Politik auf die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit unter Einschuß eines wiedervereinigten freien Deutschland zu konzentrieren. Sie haben sich nur auf gelegentliche propagandistische Andeutungen beschränkt und tatsächlich das separierte Mitteldeutschland als kommunistisches Sprungbrett gegen Westdeutschland zu entwickeln versucht. In Zukunft sollte für den Kraml die Überlegung praktischer werden, ob ein wiedervereinigtes, aber nichtkommunistisches Deutschland im Rahmen eines Systems kollektiver europäischer Sicherheit nicht auch für ihn besser wäre als siebzehn Millionen widerwillige Deutsche an der Grenze zum Westen.

Ohne fremde Truppen?

Dazu ein anderes: Manches spricht dafür, daß die Wiedervereinigung von der Sowjetunion sehr stark auch als eine Frage der Sicherheit angesehen

(Fortsetzung auf Seite 7)

Eisenhower kandidiert wieder

Begeisterung bei den Republikanern

Gettysburg (AP/DPA). Präsident Eisenhower hat führenden republikanischen Kongreßabgeordneten in Gettysburg mitgeteilt, daß er sich trotz seiner jüngsten Erkrankung im Herbst erneut um das Amt des Präsidenten bewerben will. In republikanischen Parteikreisen hat der Entschluß Eisenhowers Begeisterung hervorgerufen.

Senator Knowland, der republikanische Fraktionsführer im Senat, gab die Entscheidung des Präsidenten nach einer Besprechung der Abgeordneten und Mitarbeiter des Weißen Hauses mit Eisenhower bekannt. Er sagte: „Der Präsident und wir sehen einer kräftigen und aktiven Führung des Wahlkampfes unter Eisenhowers Leitung entgegen.“ Die Frage der Kandidatur für die Vizepräsidentschaft ist nach Mitteilung Knowlands nicht erörtert worden. Der gegenwärtige Vizepräsident Nixon will sich wieder um diese Kandidatur bewerben, doch ist er in Kreisen der republikanischen Partei stark um-

stritten. Die Frage, wer Vizepräsident wird, ist insofern von Bedeutung, als dieser beim Tode oder der Amtsunfähigkeit des Präsidenten dessen Amt übernehmen muß.

Sowjet-Luftwaffe nicht überlegen

Aber überraschende Vielzahl von Flugzeugarten

Washington (AP). Vor dem Wehrausschuß des US-Senats hat der Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte, General Twining, versichert, daß die Sowjets trotz großer Fortschritte in der Flugzeugentwicklung die USA bis jetzt nicht überholt hätten.

Wie Twining mitteilte, ist es ihm während seines Aufenthaltes in der Sowjetunion nicht gelungen, etwas über die sowjetische Bomberproduktion, über lenkbare Raketengeschosse und Kernwaffen zu erfahren. Die Sowjets hätten weniger Informationen gegeben als sie selbst mühelos aus amerikanischen Informationen erfahren könnten.

Eisenhower sah sonnengebräunt aus und war ausgezeichnete Stimmung. Er sei jetzt „besser in Form“ als im Februar, als er sich nach seiner Herzkrankheit entschloß, noch einmal für die Präsidentschaft zu kandidieren, ließ der Präsident mitteilen.

Twining hat jedoch festgestellt, daß die Sowjets eine überraschende Vielzahl von Flugzeugarten entwickeln und die Konstruktionen der meisten Maschinen „einen hohen Standard wissenschaftlichen und technischen Talents“ erkennen lassen. Die Sowjets leisteten auch Pionierarbeit auf dem Gebiet der modernen Flugzeugentwicklung.

Nur Scheinabrüstung

Paris (AP). Das Oberkommando der NATO-Streitkräfte hat in einem Lagebericht darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion noch immer über 175 Divisionen verfügt und daß auch die von der Sowjetunion angekündigte Verminderung der Streitkräfte um 1,2 Millionen Mann keine Veränderung der militärischen Lage bringen werde.

Die Entlassenen würden in die Reserve übergeführt und könnten als gut ausgebildete Soldaten jederzeit wieder zur Fahne gerufen werden.

Der Bericht weist darauf hin, daß die Sowjetunion bereits seit langem periodische Mobilmachungsübungen durchführt, bei denen die Kader der Reservedivisionen innerhalb von 30 Tagen auf volle Stärke aufgefüllt werden. Der Sowjetblock werde daher nach wie vor 30 Tage nach der Mobilmachung über 400 einsatzbereite Divisionen verfügen.

Über die Truppenstärke der Sowjetunion macht der Bericht im einzelnen folgende Angaben: in der Sowjetzone steht eine für den schnellen Vormarsch nach Westen bestimmte Heeresgruppe, die 22 sowjetische Divisionen, in der Mehrzahl Panzerdivisionen, umfaßt. Die Ausrüstung der Divisionen ist in fast allen Fällen kriegsmäßig.

Chruschtschow beleidigt Gäste

Peinlicher Vorfall mit Ausländern

London (AP/DPA). Der sowjetische Parteisekretär Chruschtschow hat nach Berichten der Londoner Zeitungen „Daily Mail“ und „Daily Telegraph“ am 24. Juni auf einem vom sowjetischen Verteidigungsministerium gegebenen Empfang die geladenen Vertreter fast aller Nationen in betrunkenem Zustand schwer beleidigt. Der amerikanische Luftwaffenchef Twining, der an dem Empfang teilnahm, bestiegte in Washington die Berichte der Londoner Zeitungen, Chruschtschow habe sich „ziemlich unangenehm“ benommen.

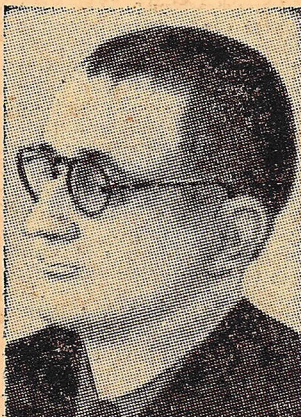
Der „Daily Telegraph“ nennt den Vorfall „die bisher unglaublichste Episode in der unglaublichen Karriere des Mr. Chruschtschow“ und behauptet, daß alle Informationen über die Angelegenheit von der sowjetischen Zensur unterdrückt worden seien.

Im einzelnen heißt es in dem Artikel: „Mr. Chruschtschow wählte diesen Augenblick, um sogar seinen eigenen Rekord in betrunkenem Benehmen zu schlagen, und Marschall Bulganin war daran beteiligt. Die beiden Führer gerieten zuerst in einen Streit darüber, wer von ihnen eine Rede halten sollte... es gelang Mr. Chruschtschow sodann, nahezu jeden Gast aus nahezu jeder vertretenen Nation zu beleidigen. Diese Beschimpfungen waren sowohl nationaler als auch persönlicher Art... Dem unglücklichen Marschall Schukow blieb es überlassen, die Scherben wieder zu kitten. Er entschuldigte sich persönlich bei vielen der beleidigten Gäste... Diejenigen, denen Mr. Chruschtschows tägliches Treiben bekannt ist, fragen sich, wie lange jemand einer solchen Trinkerei gewachsen ist. Sie fragen sich, wie lange seine Kollegen sich mit einem derartigen Benehmen abfinden?“

So sind sie wirklich:

Von der Unmündigkeit des Genies

BERTOLD BRECHT



Es gibt Künstler, deren Kunst ist so groß, daß sie nicht einmal durch menschliche Torheiten geschmälert werden kann. Bewegen sie sich in der Politik, zeigen sie sich zuweilen von einer Unmündigkeit des Genies, die von der Umwelt größte Toleranz verlangt. Denn diese Umwelt verdankt dem Künstler ja nicht in erster Linie seine Torheiten, sondern sein alle Torheiten überdauerndes Werk.

Im Elfenbeinturm des von der SED hofierten Dichters lebt heute Bertolt Brecht. Sein Intellekt wehrt sich gegen die Zumutung, diesem Regime Kunst zu schenken. So erkaufte er sich seine Untätigkeit durch gelegentliche politische Erklärungen, die für die SED nur wegen seiner Unterschrift von Nutzen sind. Die letzte dieser Erklärungen galt der Wehrdebatte im deutschen Bundestag.

Brecht und die Soldaten

Brecht warnte vor der umstrittenen Wehrpflicht. Er sprach vom Atomzeitalter und von einem dritten Krieg. Er vergaß aber zu erwähnen, wie es dazu gekommen ist. Und er vergaß auch, was der Dichter zu anderer Zeit über die Soldaten dachte. Als die Wehrmacht in Rußland einmarschierte, lobte Brecht die militärische Führung Stalins, die das Sowjetland in einen Militärstaat verwandelt hatte. „Nicht ungewappnet läßt sich die Freiheit frei bewahren!“ Den Westmächten warf Bertolt Brecht zur gleichen Stunde vor, durch mangelnden Mut zur Waffe Hitler freie Hand gelassen zu haben. „Hätten vor Paris und am Kanal starke Heere gestanden, der Wahnsinn wäre früh gestorben...“ Mußten ausgerechnet jene, die Brecht soviel verdanken, den Dichter zum Zwiendicken verleiten? Hatte die SED keinen anderen Propagandisten?

Bertolt Brecht ist ideeller Kommunist. 1898 als Sohn eines Augsburger Papierfabrikanten geboren, studierte er in München Naturwissenschaften und Medizin. 1918 diente er als Sanitäter beim Militär. Er ist an sich Pazifist, mußte diesen

Standpunkt unter dem Kommunismus jedoch mehrfach revidieren. Während des anschließenden Studiums in Berlin erschienen seine ersten Gerichtsbände, 1919 das Schauspiel „Trommeln in der Nacht“. Dramaturg an den Münchener Kammerspielen und am „Deutschen Theater“ in Berlin sind die nächsten Stationen.

1928 wird die „Dreigroschenoper“ uraufgeführt. In der Marxistischen Arbeiterschule stößt er endgültig zu den Kommunisten. Er erkennt das Ziel, versteht es zu idealisieren und verschließt die Augen vor der harten Wirklichkeit, mit der er nach den Umwegen europäischer Emigration in der Sowjetunion in Berührung kommt.

1941 verließ er Stalin

In Moskau wirkte er als Herausgeber einer Zeitschrift, die von den Sowjets nur geduldet wurde. Brechts Individualismus paßte nicht in den Sowjetalltag, seine Gastgeber benötigten nur den ruhmgewordenen Namen. 1941, kurz bevor der Krieg im Osten begann, verließ er Stalin, um in Kalifornien von neuem zu beginnen.

In dieser Zeit entstanden seine größten Schauspiele und Dramen. Die Tausende von Kilometern, die zwischen ihm und

der sozialistischen Wirklichkeit lagen, gaben ihm die Kraft, den Kommunismus zu idealisieren. 1943 kehrte er über die Schweiz nach der Zone zurück.

Die SED schuf ihm sein jetziges Heim und ist enttäuscht, daß er für sie nichts schaffen will und kann. Nationalpreis und Stalinpreis entzogen ihn aller wirtschaftlichen Sorgen. Er hat die Möglichkeiten, von denen ein Dramaturg nur träumen kann. Aber er hat weder die innere noch die äußere Freiheit, ohne die ein Brecht nun einmal nicht leben kann. Die dogmatischen SED-Literaten begannen ihn zu bekriechen, er selbst mußte sich von einem seiner hintergründigsten Werke öffentlich distanzieren. Der Individualist Brecht mußte „Das Verhör des Lukullus“ umschreiben, weil zweitklassige SED-Kulturfunktionäre dies befahlen...

DEFA gab ihm Hausverbot

Brechts Reaktionen sind sprunghaft wie sein Intellekt. Anfang dieses Jahres zerstörte er durch individualistische Hartnäckigkeit die SED-Pläne für einen „Mutter Courage“-Monstrefilm. Die DEFA erteilte dem Künstler Hausverbot, und es sah einige Wochen fast so aus, als würde Brecht nach Österreich gehen, um den SED-Staat für immer zu verlassen. Und jetzt wieder diese Erklärung für die SED, obwohl doch Brecht einer eigenen Sprache mit eigenen Argumenten fähig wäre.

Es wäre falsch, Brecht darum zu meiden oder sein Werk zu schmälern. Auch wenn er am 17. Juni 1953 Ulbricht schrieb: „Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen in diesem Augenblick meine Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszudrücken!“ Bertolt Brecht ist nur der lebende Beweis für die Unmöglichkeit, als Individuum einem Kollektiv zu dienen. Und gerade Brecht hätte die Gabe besessen, als Mahner und Rufer im eigenen Lager jene Situation zu verhindern, die ihn heute zu einseitigen Appellen an die menschliche Einsicht treibt.

Ist Ulbricht ein Historiker?

Warum es kein Geschichtswerk über die Sowjetzone gibt

Die Revision des Stalinismus in der Sowjetunion zwingt auch die SED, ihre Ansichten über den Ablauf der Geschichte zu überprüfen. Zahlreiche historische Irrtümer dieser Partei rühren aus einer falschen Geschichtsbetrachtung her. Noch heute werden selbst deutsche Klassiker des Kommunismus wie Marx und Engels aus dem Russischen zurückübersetzt und mit den Kommentaren stalinistischer Geschichtsprofessoren verkauft. Das hat zu Entstellungen und verhängnisvollen Fehlbeurteilungen geführt. Ein anderer Punkt aber beunruhigt die SED: Es gibt bis heute kein einziges geschichtswissenschaftliches Werk, daß sich von kommunistischer Sicht mit der Entwicklung der KPD/SED und der Entwicklung des Sowjetzonenstaates befaßt.

Wie auf allen Gebieten seit der Verdammung Stalins haben auch hier die SED-Führer sofort die Schuld dafür auf die Wissenschaftler abgewälzt. Um von diesen jetzt eine geharnischte Antwort zu erhalten: 1. In der Sowjetzone ist es seit 1945 das Privileg des Parteisekretärs und seiner Politbüromitglieder, Geschichtsbücher zu schreiben. 2. Keinem Wissenschaftler der Zone stehen heute jene Materialien und Staatsarchive zur Verfügung, ohne die es keine Geschichtsforschung geben kann. 3. Jeder Student oder Dozent einer Zonenuniversität ist bei der Suche nach Material über die neuere Geschichte auf die einschlägigen Bücher Ulbrichts, Piecks und einiger anderer Mitglieder des Zentralkomitees angewiesen. 4. Keines dieser Bücher kann den Anspruch erheben, eine auch nur annähernde Darstellung der tatsächlichen geschichtlichen Vorgänge zu bieten. Auf der Grundlage solcher Erkenntnisse beginnt im Juli 1956, elf Jahre nach dem Krieg, die Auseinandersetzung um eine sowjetzonale Geschichtswissenschaft!

Wer schreibt Ulbrichts Bücher?

Es ist in Parteikreisen kein Geheimnis, daß Ulbricht kein einziges seiner Bücher selbst geschrieben hat. Ein Stab von akademisch gebildeten oder auf der Parteihochschule erzogenen Referenten produziert jene Anhäufung „geschichtlicher“ oder politökonomischer Werke, die unter dem Namen des 1. Sekretärs im Dietz-Verlag erscheinen. So ist es erwiesen, daß Ulbricht z. B. an dem inzwischen zurückgezogenen „Lehrbuch über den Staats- und Wirtschaftsaufbau“ keine Zeile verfaßt hat,

sondern daß dieses Buch von einem ehemaligen Sekretär Bruno Leuschners und heutigen SED-Redakteur geschrieben werden mußte. Ulbrichts „Materialien zur neueren deutschen Geschichte“, unter welchem Sammelbegriff jetzt einige Bücher verlegt werden, sind das Werk eines Redaktionskollegiums, das sich um eine Darstellung aus Zeitungs-Archivmaterialien bemüht.

Wilhelm Piecks Bücher sind zum wesentlichen Teil von Otto Winzer, dem Chef der Präsidialkanzlei, geschrieben. Zwei Bücher verfaßte Walter Bartel, Piecks ehemaliger Privatsekretär, der jetzt in Leipzig als Professor doziert.

Geschichtsfälschungen

Der SED selbst fällt es schwer,

aus dem Wust von Geschichtsfälschungen nunmehr ein Geschichtsbild von ideologisch vertretbarer Objektivität zu gewinnen. Es gibt Dinge, wie z. B. den „Vereinigungsparteitag SPD/KPD“, über die ist in keinem SED-Archiv mehr ein Originalprotokoll zu finden. Und gerade die „Vereinigung der Arbeiterparteien“ ist eines der Hauptthemen für die jetzt geforderte „Geschichte der DDR“. Dazu kommt, daß dem Historiker in der Sowjetzone weder statistische Unterlagen noch Zeugen zur Verfügung stehen. Einem Osterliner Professor, der kürzlich guten Willens eine „Geschichte des 17. Juni 1953“ schreiben wollte, wurde die Befragung eines an der Niederschlagung des Aufstandes beteiligten Polizeiwachmeisters von dessen Behörde mit dem Bemerkern verweigert: „Das hat damals alles im ‚Neuen Deutschland‘ gestanden. Lassen Sie sich doch die Archivbände geben!“

Das Ergebnis: An ostzonalen Schulen werden ganze Seiten der Geschichtsbücher überklebt, ohne daß für die Lücken Ersatz geschrieben wird. Und in der Sowjetzone wird im Juli 1956 noch nach Geschichtsbüchern gelehrt, die in der Sowjetunion bereits vor drei Monaten eingestampft werden mußten...

Kein Verzicht auf Ostgebiete

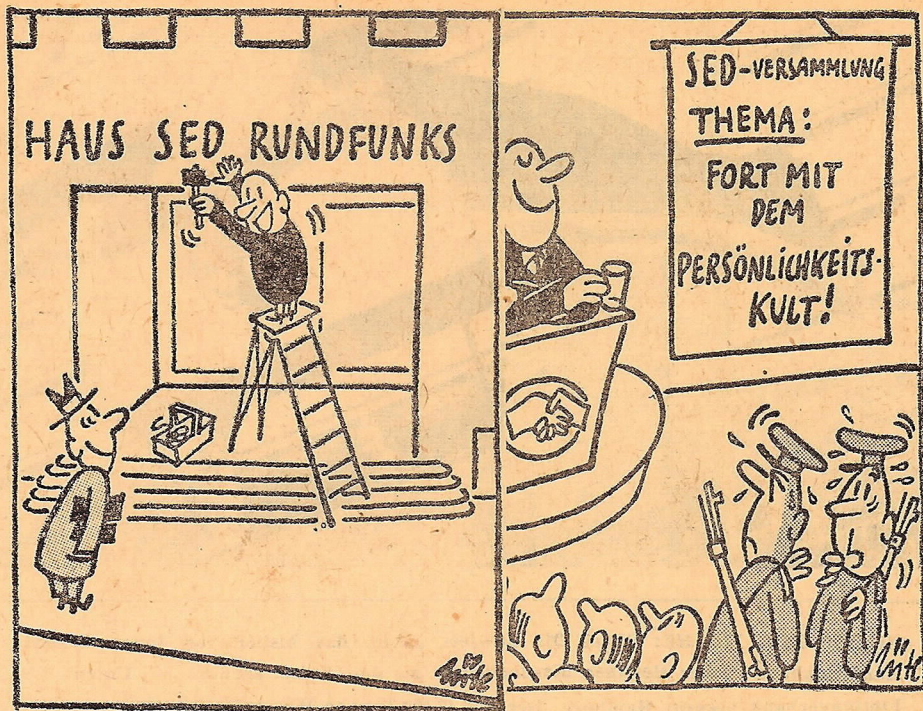
Minister Kaiser vor Heimatvertriebenen

Hannover (Eigenmeldg.). Bundesminister Kaiser hat auf einem Bundestreffen der westpreußischen Landsmannschaft mit Nachdruck betont, daß die Lösung der deutschen Frage nur über eine gesamtdeutsche Regierung erfolgen könne. Der Weg zu einer gesamtdeutschen Regierung führe über politische Regelungen mit allen vier Mächten, die für die Teilung unseres Landes verantwortlich sind. „Man sollte uns aber nicht zumuten, den Weg zu einer gesamtdeutschen Regierung mit Verzicht auf deutsche Gebiete zu erkaufen.“

Der Minister wies darauf hin, daß sich die Heimatvertriebenen zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage bekannt und in der Charta der Heimatver-

triebenen auf den Geist des Hasses und der Vergeltung verzichtet hätten.

Die Politik von Potsdam habe keinen endgültigen Zustand geschaffen. „Potsdam hat die Entvölkerung des deutschen Ostens von seinen angestammten deutschen Bewohnern als ein Provisorium herbeigeführt.“ Erst in den Verhandlungen um den Friedensvertrag werde über sein Schicksal entschieden, und bei diesem Friedensvertrag werde eine gesamtdeutsche Regierung mit am Verhandlungstisch sitzen. „Weil dem so ist, halten wir es auch für falsch, dem deutschen Volk heute Ratschläge geben zu wollen, es solle auf die Ostgebiete Verzicht leisten“, sagte Kaiser.



„Endlich können wir die Buchstaben wieder in die richtige Reihenfolge bringen!“

„Was sollen wir nun machen, er hat behauptet, in der ganzen DDR gebe es keine Persönlichkeit!“

Wehrpflicht und Einheit

(Fortsetzung von Seite 2)

wird. Nicht zuletzt die Opposition gründet darauf ihre Hoffnungen, mittels einer Verständigung über den militärischen Status Deutschlands zur Wiedervereinigung zu kommen. Nun weiß heute noch niemand, wie ein Sicherheitssystem in Mitteleuropa aussehen müßte, das für alle vier ehemaligen Siegermächte und Deutschland selbst annehmbar sein wird. Jedoch zeigen die bisherigen Erörterungen eine gewisse Tendenz, fremde Truppen zurückzuziehen, auch aus psychologischen und materiellen Gründen.

Die Abschiedsparaden

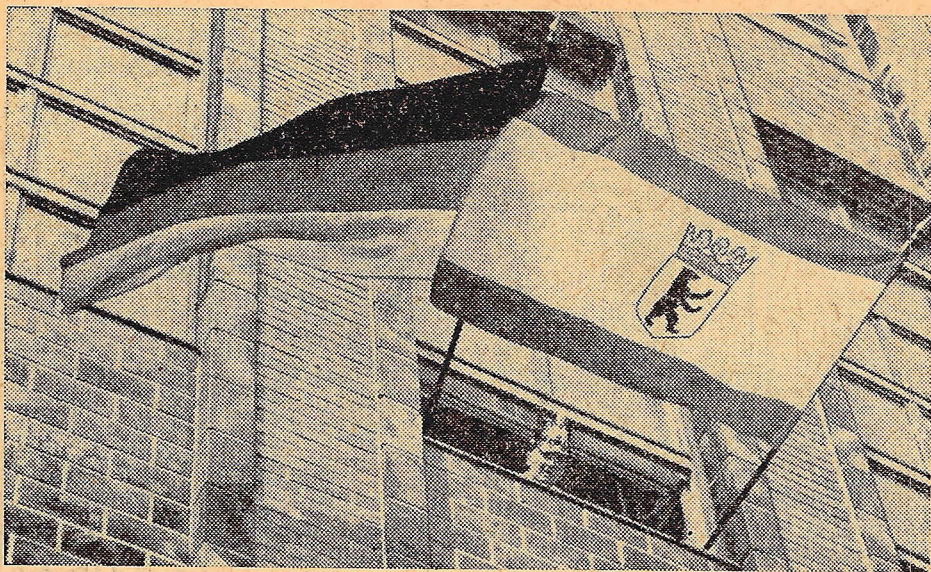
Es liegt uns fern, die sowjetischen Truppenabzüge aus der Zone zu überschätzen, zumal die Sowjets bei der Abschiedsparade in Brandenburg mit Landoperationen modernster

Hubschrauber deutlich machen, daß sie gleich wieder da sein können. Aber eine sowjetische Tendenz zum Truppenabzug braucht trotzdem nicht nur Propaganda zu sein. Im Westen wiederum mehren sich ähnliche Stimmen, angefangen beispielsweise in England mit dem Eden-Plan bis zu den jüngsten Stimmen des liberalen „Manchester Guardian“ und des konservativen Abgeordneten Boothby. Eine solche Entwicklung ist aber nicht möglich und für uns aus Sicherheitsgründen jedenfalls unannehmbar, wenn dadurch ein militärischer Hohlraum in Deutschland entstehen würde, der zu lokalen Abenteuerern geradezu herausfordern müßte. Die Einheiten der kommunistischen Zonenarmee und die bewaffneten kommunistischen Betriebsmilizen sind für ein freiheitliches Deutschland

wirklich nicht die passende Ausfüllung eines solchen Vakuums.

Ein förderliches Element

Die Einführung der Wehrpflicht kann und soll ein bewegendes und förderliches Element für die internationale Erörterung der Wiedervereinigung sein. Aber dazu gehört, daß wir nicht nur mittelbar — eben durch den Beschluß der Wehrpflicht — Bewegung hineinbringen, sondern auch durch unmittelbares Ansprechen und durch freimütige Entwicklung von Grundsätzen für eine Lösung der deutschen Frage, insbesondere auch ihrer militärischen Seite. Die vom Bundesaußenminister angekündigte Note an die vier Mächte ist der gegebene Ansatzpunkt. Die Aufgabe, die in und mit dieser Note gestellt ist, ist gerade durch die vergangene Woche noch wichtiger geworden, als sie ohnehin war.



BILDER DER WOCHE: Oben: Die Sowjets gaben das bisher von ihnen besetzte Rundfunkhaus in der Berliner Masurenallee an den Senat zurück. — Unten: US-Flottenverband besucht Hamburg. Der mit 17 000 Tonnen Wasserverdrängung schwerste Kreuzer der Welt „des Moines“ und ein Zerstörer legten an der Übersee-Brücke fest.

